



Rede

BDI-Tag der Deutschen Industrie, 27. September 2011

BDI-Tag der Deutschen Industrie
27. September 2011
bcc, Berlin

Professor Dr.-Ing. Hans-Peter Keitel
Präsident Bundesverband der Deutschen Industrie

Es gilt das gesprochene Wort.

**Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.**
Mitgliedsverband
BUSINESSEUROPE

Hausanschrift
Breite Straße 29
10178 Berlin

Postanschrift
11053 Berlin

Telekontakte
T: 030 2028-1432
F: 030 2028-2432

Internet
www.bdi.eu

Theseus lehrt uns, mit Klugheit den Ausgang des Labyrinths zu finden. Lassen Sie uns Herrn Ministerpräsident Papandreou für seine mutigen Worte danken und gemeinsam den Faden der Ariadne ergreifen, denn der Minotaurus ist kein originär griechisches Phänomen. Die tief sitzende Ursache im Labyrinth der gegenwärtigen Krise ist eine gesamteuropäische Angelegenheit. Es geht nicht ohne uns alle! Es geht nicht ohne Mut und entschlossenes Handeln!

Wir wünschen Ihnen, Herr Ministerpräsident weiterhin viel Kraft und Geschick auf diesem Weg, der auch für unser Land und unseres geeintes Europa von zentraler Bedeutung ist!!

Meine Damen und Herren, Griechenland ist zum Synonym für eine Krise geworden, die allzu oft fälschlicherweise als Euro-Krise bezeichnet wird. Aber nicht die Währung ist das Problem. Es ist die Krise der öffentlichen Verschuldung, des Vertrauensverlusts von Regierungen, die allzu bereitwillig mehr Geld ausgegeben als eingenommen haben, im Verstoß gegen ihre eigenen Regeln und ohne Rücksicht auf die Folgen. Wer so handelt, setzt seine Legitimation aufs Spiel, den Finanzmärkten nicht nur Freiheiten zu gewähren, sondern auch mit unbestechlicher Autorität ihre Verantwortung einzufordern!!

Gerade erst haben die Unternehmer der Realwirtschaft ein bravouröses Comeback aus der Finanzkrise geschafft.

Doch schon verdüstert sich der Himmel der Weltwirtschaft erneut. Wieder sitzen die Wolkenmacher in der Fiskal- und Finanzwirtschaft. Und wieder droht der Realwirtschaft die undankbare Rolle, nach dem Wolkenbruch die Aufräumarbeiten erledigen zu müssen.

Die Realwirtschaft ist nicht Auslöser, sondern Opfer der Verschuldungs- und Finanzkrisen. Ich will klar festhalten: Wir als Realwirtschaft brauchen starke Banken und Finanzinstitute, gerade auch hier in Deutschland; anders können wir unsere weltweiten Aufgaben überhaupt nicht lösen. Aber wir brauchen eine Finanzwirtschaft, die sich zu allererst ihren

partnerschaftlichen Aufgaben in der Wirtschaft stellt und sich bewusst macht, warum man uns mit dem Begriff „Realwirtschaft“ belegt. Wir brauchen Finanzmarktregeln, die das klassische Geschäft der Versorgung der Wirtschaft mit finanziellen Mitteln attraktiver machen als Transaktionen ohne realwirtschaftliche Grundlage, ohne Wertschöpfung und zu Lasten Dritter. Und wir brauchen Finanzmarktregeln, die Komplexität und Geschwindigkeit der Transaktionen so kontrollieren, dass Denken und Verantworten vor Handeln steht!!

Meine Damen und Herren, ich sage nochmals: Die Krise ist keine Euro-Krise! Aber sie bringt den Euro und Europa ernsthaft in Gefahr! Lassen wir uns von nichts und niemanden täuschen: ein Ende der Währungsunion würde für Deutschland und die deutsche Industrie einen immensen Schaden bedeuten.

Sie alle kennen die tiefe Verflechtung der deutschen Wirtschaft mit unseren europäischen Nachbarn.

Der Prozess einer Rückkehr zu nationalen Währungen oder auch nur zu getrennten Eurozonen wäre mit unkalkulierbaren Risiken verbunden, und zwar nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch.

An erster Stelle steht deshalb nicht mein wirtschaftliches, sondern mein politisches Bekenntnis zu Europa. Deutschland hat nach der Katastrophe des Krieges seinen Platz in der Weltgemeinschaft wieder gefunden dank der auf gegenseitiger Verpflichtung beruhenden Partnerschaft in der westlichen Welt.

Wir haben unsere Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit erreicht dank unserer Einbindung in ein geeintes Europa. Es geht jetzt nicht um die Aufrechnung von Schuld, auch nicht um kritiklose Brüderschaft. Aber es geht um die Verantwortung, uns an dem messen zu lassen, was wir in schwieriger Zeit selbst in Anspruch genommen haben, nämlich eine Solidarität, die auch Opfer erfordert!!

Dies ist – um das deutlich zu sagen – die Position des BDI, meine Position, die Position des amtierenden Präsidenten! Für konstruktive Vorschläge zur Zukunft unserer gemeinsamen Währung bin ich mehr als dankbar. Für populistische Stimmenfängerei stehen aber weder der BDI noch ich zur Verfügung, übrigens – damit das ganz klar ist - auch nicht der Name des BDI.

Kein europäisches Land – auch nicht Deutschland– hat alleine das Potenzial, auf der globalen Bühne zu bestehen. Europa hat ökonomisch und politisch nur gemeinsam eine Chance. Die Einheit der Währung zieht – wie wir jetzt wissen – die wirtschaftliche und politische Konvergenz nicht zwangsläufig nach sich. Wenn, dann müssen wir diesen Weg nach vorne bewusst gehen; eine Alternative dazu, einen Weg zurück, sehe ich nicht.

Wir als Unternehmer sind realistisch genug zu wissen, dass uns das viel Geld kostet und dass die Lasten nicht gleichmäßig verteilt sein werden. Wenn es aber darum geht, ein Projekt entweder mit unkalkulierbaren Risiken abzurechnen oder mit Aussicht auf Erfolg in die Zukunft zu investieren, dann kann es nur heißen: lassen Sie uns mit aller Kraft und mit eiserner Disziplin daran arbeiten, dass die Investition ein Erfolg wird.

Der BDI hat sich in einem Thesenpapier „Ein neuer Vertrag für den Euro“ sehr intensive Gedanken zu Europa gemacht, die ich hier kurz skizzieren will.

Auf den Grundsätzen von Freiheit, Vielfalt, Stabilität, Wettbewerb und Leistung muss sich Europa einen wirksamen ordnungspolitischen Rahmen setzen für solide öffentliche Haushalte und eine wettbewerbsfähige Wirtschaft.

Daher sagen wir ein klares Nein zu einer Haftungsunion, zu einer Sanierung ohne Gegenleistung. In diesem Zusammenhang ist mir die Sehnsucht vieler Oppositionspolitiker nach Eurobonds völlig schleierhaft.

Ein weiteres Herumkurieren an Symptomen und ein aus immer mehr Flickern bestehender Rettungsschirm sind keine stabilen Lösungen. Die bisherige institutionelle und vertragliche Architektur der Währungsunion reicht offensichtlich nicht aus, die Zukunft der Eurozone zu sichern. Wir müssen zurück ans Reißbrett; wir müssen die Statik neu berechnen. Nur dann lassen sich Notlösungen auf Zeit überhaupt rechtfertigen!

Dabei geht es weniger um neue Regelungen, sondern endlich um deren konsequente Einhaltung. Wir müssen uns nur das Beispiel der Schuldenbremse ansehen. Auch in Deutschland, wo sie in der Verfassung steht, muss sie ihre Nagelprobe erst noch bestehen. Und jeder weiß, dass es die Schuldenbremse seit Maastricht ja längst gibt und wer sie zuerst gerissen und sich Sanktionen entzogen hat.

Es geht auch um Klartext! Wir danken unseren italienischen Freunden für ihren Mut, den Politikzirkus in ihrem Land beim Namen zu nennen.

Unseren französischen Freunden haben wir gesagt, was wir davon halten, wenn ein Präsident gemeinsam mit der deutschen Bundeskanzlerin für die Schuldenbremse Verfassungsrang fordert und dann im eigenen Land die Einführung behindert.

Und wir müssen uns endlich trauen, deutlich zu sagen, was wir von der Abschottung von Märkten wie in Spanien oder dem Protektionismus zugunsten nationaler Champions in Frankreich halten.

Das ist keine Folklore, sondern eben auch politische Realität in Europa, die uns Unternehmer seit vielen Jahren einseitig behindert.

Es geht also um das Vertrauen in die Politik ganz Europas, um Strukturen und unabhängige Institutionen, die die konsequente Einhaltung der Regeln unabhängig von der politischen Couleur und von Wahlterminen garantieren. Der BDI schlägt deshalb vor, die Instrumente des EFSF und des ESM zu einem politisch unabhängigen Europäischen Fiskalfonds (EFF) weiterzuentwickeln. Es ist wichtig, dass ein langfristig tragfähiges Konzept die gegenwärtigen Ad-hoc-Rettungsmaßnahmen ablöst. Dieser Fonds soll

die maßgebliche Instanz bei der Durchsetzung fiskalischer Disziplin sein und nach klaren Regeln in Bedrängnis geratenen Mitgliedstaaten der Eurozone Hilfe in der Not bieten.

Dazu kann der vom BDI propagierte Europäische Fiskalfonds auf Antrag Kredite gegen Sicherheiten und strikte wirtschaftspolitische Auflagen gewähren. Damit sind Leistung und Gegenleistung klar erkennbar.

Unabdingbar gehört dazu ein geordnetes Insolvenzplanverfahren für Mitgliedstaaten der Eurozone als ultima ratio – nur so sind Maßnahmen zur Einhaltung der Disziplin glaubhaft und Katastrophen im Notfall vermeidbar.

Fonds und Zentralbank bilden in diesem Konzept zwei politisch unabhängige Säulen einer neuen Finanzarchitektur der Eurozone mit klarer Aufgabenteilung: Die Notenbank sichert die Geldwertstabilität nach innen und außen, der Fonds sichert – gemeinsam mit den Mitgliedstaaten – die Stabilität in der Finanzpolitik.

Meine Damen und Herren,
die Aufgaben zur Weiterentwicklung Europas stellen höchste Ansprüche an die Politik – in Berlin, in den anderen europäischen Hauptstädten und in Brüssel. Wer sich wie der BDI mit den Details der Euro-Frage auseinandersetzt, erkennt dies ausdrücklich an.

Aber nicht nur beim Thema Europa, sondern auch bei Energie, Klima und Umweltthemen frage ich mich zunehmend: warum gibt die Politik so wenig auf die Einschätzung derer, die unter den heutigen und den künftigen Rahmenbedingungen Wachstum und Wohlstand erwirtschaften müssen.

Frau Bundeskanzlerin, in diesem Saal sitzen doch Hunderte von Unternehmern und Managern, die Tag für Tag spüren und auch laut sagen, wie sich politische Beschlüsse in ihren Betrieben auswirken. Nutzen sie ihren Rat!!

Einer der wichtigsten Repräsentanten der deutschen Banken hat festgestellt, die Diskussion zu den Finanzmärkten werde losgelöst von der Realwirtschaft geführt, obwohl doch gerade sie die Schuldentragfähigkeit erarbeiten müsse. Richtig! Wir spekulieren nicht, wir produzieren.

Nachhaltig und wertorientiert!

Deshalb irritiert uns die politische Idee einer „Wirtschaftsregierung“, die ohnehin treffender „Fiskalregierung“ hieße; als müsste man uns umfassend regieren, regulieren und steuern!

Und es erfüllt uns mit Sorge, wenn laut Breslauer Erklärung der Polnischen Ratspräsidentschaft auch Exportüberschüsse im verschärften Stabilitätspakt möglicherweise zu Sanktionen führen sollen.

Warum denn in aller Welt soll Leistung in der Eurozone bestraft werden?

Wovon sonst sollen wir denn die Rettung aus der Finanzkrise finanzieren?

Frau Bundeskanzlerin, bitte regulieren Sie die Exzesse auf den Finanzmärkten, aber lassen sie die Unternehmer dieses Landes in bewährter Manier an der Zukunft arbeiten!!

Meine Damen und Herren,

Die deutsche Wirtschaft hat die dramatische Finanz- und Wirtschaftskrise rascher überwunden als es irgendjemand erwartet konnte. 3,7 Prozent BIP-Wachstum haben wir 2010 geschafft, 2011 werden es möglicherweise noch einmal 3 Prozent – Zahlen, die wir in Deutschland lange nicht kannten.

Die Effekte dieses Wachstums auf unser Land sind spürbar, und sie sind spürbar gut: 41 Millionen Menschen sind in Arbeit, so viele wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr. Der Rückgang auf weniger als 3 Millionen Arbeitslose entlastet die Sozialbudgets; die Steuereinnahmen des Bundes sind gegenüber 2001 um rund 20 Prozent gestiegen. Das schafft Spielräume für die Haushalts-Konsolidierung, die es noch konsequenter zu nutzen gilt.

Es wird Sie nicht wundern, wenn ich an dieser Stelle noch einmal festhalte, dass dieses Wachstum im vergangenen Jahr zu zwei Dritteln aus der

deutschen Industrie kam. Wenn wir die industrienahen Dienstleister dazu zählen, waren es sogar drei Viertel.

Seite
8 von 14

Die Realwirtschaft selbst hat keine Krise und wir sollten sie auch nicht herbeireden.

Die Industrie zieht den Karren und wir werden ihn auch in Zukunft ziehen, wenn man uns nur lässt! Deutschland ist ein Industrieland und es muss – wenn es uns gut gehen soll – ein Industrieland bleiben!!

Meine Damen und Herren,
zum Industrieland Deutschland darf sich die Politik aber nicht nur sonntags bekennen. Dazu muss sie auch bei ganz konkreten Entscheidungen stehen. Die Hälfte der Legislaturperiode ist vorbei. Grund genug, zu fragen, wo wir stehen und was in der zweiten Halbzeit geschehen muss.

Ja, die Erwartungen der Wirtschaft an die aktuelle Bundesregierung waren höher als an andere denkbare Koalitionen im Parteienspektrum. Vielleicht fällt es deshalb so schwer, eine positive Halbzeitbilanz zu ziehen.

Denn bei allem Verständnis für die schwierigen äußeren Umstände hat sich in den Kreisen der Unternehmerschaft eine sehr deutlich spürbare Enttäuschung entwickelt.

Meine Damen und Herren,
an den gerade zwei Jahre alten schwarz-gelben Koalitionsvertrag erinnern wir uns gut. „Mit Mut zur Zukunft – Für unser Land“ hieß die Überschrift. Wir wissen wohl, dass Koalitionsverträge bei aller politischen Weitsicht viele Entwicklungen nicht antizipieren können, nicht die Dramatik der Finanzkrise und noch viel weniger die Katastrophe von Fukushima.

Es gibt aber zu viele Bereiche, wo die politischen Realitäten hinter den realistischen Erwartungen der Wirtschaft und vieler Menschen zurück geblieben sind.

Das gilt für Fragen der Bildungs- und Forschungspolitik – ich nenne hier nur die versprochene Reform der Forschungsförderung – ebenso wie für die qualifizierte Zuwanderung oder die Antworten auf die demographische Entwicklung. Ich will nur zwei Punkte gesondert herausgreifen.

Dies ist erstens die Steuerpolitik.

Wir haben dem, was wir zu diesem Thema in den letzten Jahren kontinuierlich vertreten haben, nichts hinzuzufügen und nichts abzustreichen. Steuerpolitik ist – dabei bleibe ich – keine von zufälligen fiskalischen Spielräumen abhängige Kosmetik am Steuertarif!

Was wir brauchen, ist das versprochene und längst überfällige steuerpolitische Gesamtkonzept, das auf einen klaren Investitions- und Wachstumskurs gerichtet ist. Vor Entlastungen stehen klare Strukturen und ein deutlich reduziertes Maß an Bürokratie.

Ich will auf Einzelheiten wie die Konzernbesteuerung oder die Mehrwertsteuer nicht eingehen, aber: Die ohne Not erneut gescheiterte Reform der Gewerbesteuer muss wieder angepackt werden. Es kann nicht sein, dass Unternehmen dauerhaft Steuern auf ihre Kosten bezahlen müssen. Ich weiß nicht, warum die Regierung an dieser Erfindung von Herrn Steinbrück festhält!

Heute Nachmittag werden die Oppositionsparteien Gelegenheit haben, ihre Steuervorschläge aus der sozialistischen Mottenkiste zu erläutern: Reichensteuer, Vermögensabgabe, Vermögensteuer. Am meisten betroffen macht mich dabei das Ausblenden der Realität unserer Unternehmenswelt. Der vielbeschworene mittelständische Personenunternehmer ist es, der massiv getroffen würde. Gerade sie leisten nicht erst seit heute zuverlässig ihren Beitrag.

Gerade noch als Zugpferd aus der Krise herzlich willkommen, soll der Mittelständler und Familienunternehmer nun zukünftig dafür bestraft werden, dass er all sein Geld in das Unternehmen steckt, persönlich ins wirtschaftliche Risiko geht und Arbeitsplätze schafft.

Mit einer solchen Zumutung bricht man das Rückgrat der deutschen Wirtschaft!!

Seite
10 von 14

Das zweite Thema ist die Energiepolitik.

Meine Damen und Herren, seit Fukushima ist ein gutes halbes Jahr vergangen.

Natürlich war uns allen klar, dass wir nach Fukushima in der Energiepolitik nicht einfach zur Tagesordnung übergehen konnten. Aber wir hätten uns eine andere Art der Diskussion gewünscht.

Frau Bundeskanzlerin, hier sitzen doch Unternehmer, die sich mit allen Arten der Erzeugung von Energie bestens auskennen, die sich tagtäglich mit Verbrauch, Kosten und Einsparung konkret beschäftigen.

Sie alle hatten eigene und durchaus differenzierte Vorstellungen von einer verantwortbaren Zukunft der Kernenergie. Gerade deshalb ist es ihnen nicht leicht gefallen, den radikalen Schwenk der Energiepolitik ungefragt und innerhalb von Stunden nachzuvollziehen.

Sie haben trotzdem das Moratorium begrüßt, das eigentlich eine emotionsfreie Entscheidungsfindung ermöglichen sollte. Und schließlich haben wir Unternehmer den Ausstieg aus der Kernenergie mitgetragen – aus unserer gesellschaftlichen Verantwortung.

Gerade deshalb müssten Sie doch auf uns hören, wenn wir bei aller Kooperationsbereitschaft nicht nur einmal die enormen Risiken des Prozesses benannt haben, wie wir sie aus unserer Erfahrung als unmittelbar betroffene Investoren und Verbraucher sehen.

Die Energiewende ist ein gigantisches Projekt mit ungewissem Ausgang. Keinem noch so ambitionierten Politiker, keinem noch so innovativen Unternehmer und keinem noch so global vernetzten Manager ist es möglich, diesen Prozess auf Jahrzehnte in allen Einzelheiten im Voraus festzulegen.

Ein solch komplexes Vorhaben benötigt Möglichkeiten zum Nachjustieren. Denn es geht um fundamentale Themen wie Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit, Sozialverträglichkeit, Klima- und Umweltfreundlichkeit – schlicht um die essentiellen Grundlagen des Industrielandes Deutschland.

Dafür braucht Deutschland ein professionelles Projektmanagement.

Deshalb ist ein politisch unabhängiger und sachverständiger Monitoring-Prozess für die Industrie zwingender Bestandteil der Energiewende. Er muss gesetzlich verankert sein; es muss regelmäßig und nach klaren Kriterien geprüft und gesteuert werden. Sorgfalt ist angesagt – und Augenmaß.

Liebe Frau Merkel, nutzen Sie die geballte unternehmerische Kompetenz, nicht nur, aber gerade auch beim Thema Energie. Wir können es uns angesichts der weltweiten Herausforderungen nicht leisten, energiepolitisches Versuchslabor zu spielen!!

Energiewende heißt auch nicht, die großen Energieversorger unseres Landes unter dem Beifall einzelner Interessengruppen nachhaltig zu beschädigen. Dies gefährdet schon heute – übrigens gerade auch bei vielen Mittelständlern, die für die Großkraftwerke arbeiten – zehntausende von Arbeitsplätzen. Wir werden bei allem Respekt für kommunale Stadtwerke die großen Energieversorger brauchen: als Investoren in die gewünschte Energiezukunft!!

Bei den erneuerbaren Energien müssen wir endlich über unsere Grenzen hinausblicken. Deutschland hat wenig Sonne, setzt aber hohe zweistellige Milliardenbeträge auf die Entwicklung der Solarenergie.

Warum denken wir stattdessen nicht in der EU gemeinsam mit den Mittelmeeranrainern, eben auch Griechenland über einen Energiepakt nach?

Die massive Überförderung der Solarenergie nützt Wenigen und schadet Vielen. Die Pläne des Bundesumweltministers zur Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes greifen zu kurz.

Der Anstieg der Strompreise für Industrie und Verbraucher gefährdet unser Wachstum und er ist kein Werk der Energieversorger: 48 % der Strompreise sind politisch verordnet.

Nur wenn die Energieversorgung unserer Industrie sicher, sauber und bezahlbar bleibt, wird dieses Land mit seinen geschlossenen Wertschöpfungsketten Industrieland bleiben.

Dafür brauchen wir alle. Von der energieintensiven Grundstoffindustrie bis hin zu den genialen Ingenieuren, die die Lösungen für mehr Klimaschutz in der Welt entwickeln. Die Chancen, die sich hier deutschen Firmen auf den Weltmärkten bieten, sind enorm. Aber die Industrie lässt sich nicht auseinanderdividieren in die „Guten von der Green Economy“ und die Bösen von der „Old Economy“.

Sie kann übrigens auch gut auf die Ratschläge einzelner Politiker verzichten, wo, wie und unter welchem politischen Druck Innovationen angeblich gedeihen. Das können wir immer noch am besten selbst!

Meine Damen und Herren, mit der Krise der öffentlichen Verschuldung kommen – ob wir wollen oder nicht – gewaltige Lasten auf unserer Volkswirtschaft zu. Wir brauchen nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum, aber täuschen wir uns nicht, unser langfristiges Wachstumspotenzial liegt derzeit bei dürftigen 1,3 Prozent. Seit 20 Jahren geht der Trend bei der Nettoinvestitionsquote abwärts.

Wir brauchen dringend mehr Investitionen in unser Land. Wir müssen mehr in Deutschland stecken!

Die Politik muss die Rahmenbedingungen dafür verbessern, dass unser Wirtschaftswachstum sich verstetigt, dass die Investitionsbedingungen besser werden.

Und zwar jetzt.

Das Investitionsland Deutschland braucht einen neuen Konsens über die Bedeutung unserer Infrastruktur. Bei vielen Bürgern ist das Verständnis dafür abhanden gekommen, wo die Quellen unseres Wohlstandes liegen. Wir müssen die Akzeptanz für notwendige Veränderungen fördern, aber auch die Rechtssicherheit. Außerparlamentarische Proteste mit Absolutheitsanspruch sind kein Ersatz für unsere repräsentative Demokratie!

Deshalb fordert der BDI bessere Bürgerbeteiligung und schnellere Planungsverfahren. Das ist kein Widerspruch. Steuern, Energie, Akzeptanz, das sind nur einige der Faktoren, die über die Sicherung unseres Wohlstandes entscheiden.

Der BDI hat in seiner Investitionsagenda, die hier ausliegt, einen umfassenden Vorschlag zu mehr Investitionen in Deutschland gemacht.

Meine Damen und Herren, ich habe vorhin gesagt: Die deutsche Industrie zieht den Karren. Und sie will ihn auch ziehen. Aber: Wir ziehen ihn nicht alleine. Im ersten Satz des Koalitionsvertrages von Union und FDP heißt es: „Wir stellen den Mut zur Zukunft der Verzagtheit entgegen. Wir wollen unserem Land eine neue Richtung geben. Freiheit zur Verantwortung ist der Kompass dieser Koalition der Mitte.“

Ich finde: Das ist noch immer richtig. Und gerade weil die Zeiten schwierig sind und die Lösungen sich im Labyrinth zu verlieren drohen, brauchen wir einen solchen Kompass.

Die letzten Wahlergebnisse sollten eine deutliche Warnung sein: die Bürger haben ein gutes Gespür dafür, wenn sich die Kompassnadel am drehenden Zeitgeist orientiert. Wir dürfen unsere jungen Leute nicht an eine virtuelle Welt verlieren. Wir alle brauchen einen erkennbaren roten Faden, den Faden der Ariadne, an dem auch Theseus sicher wieder aus seinem Labyrinth heraus fand.

Das Konzept von Freiheit und Verantwortung ist ein solcher roter Faden:
für die Politik und für die Wirtschaft, für Deutschland und für Europa.

Seite
14 von 14

Eines allerdings sollten wir besser machen als Theseus: Er vergaß in seiner Freude über den Sieg, die weißen Segel zu hissen. Herr Ministerpräsident Papandreou, lassen Sie uns nicht die weiße Fahne der Aufgabe schwenken, sondern eines Tages das weiße Segel des Sieges hissen! Dann endet die europäische Wirklichkeit – da bin ich sicher – nicht in der Tragödie. Das europäische Schiff fährt weiter auf den Weltmeeren. Unter weißen Segeln.

Frau Bundeskanzlerin, ich danke Ihnen wie allen Zuhörern für Ihre Aufmerksamkeit und Geduld und darf Sie bitten, nun zu uns zu sprechen.

Herzlichen Dank!